

## BND rächt sich postum an Helmut Schmidt

● Jahrelang musste der Bundesnachrichtendienst hinnehmen, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt ihn als »Dilettantenverein« schmähte. Er lese lieber gleich die »Neue Zürcher Zeitung«, als sich von Pullach informieren zu lassen, ließ der SPD-Mann verbreiten. Doch nun bietet die Öffnung des BND-Archivs zur Aufarbeitung seiner Historie dem Geheimdienst die Möglichkeit zur Revanche. Der Dienst hat Aufzeichnungen des langjährigen BND-



Schmidt 1970

Chefs Gerhard Wessel von 1971 freigegeben. Seinerzeit stand ein Besuch Schmidts, damals Verteidigungsminister, in der Zentrale in Pullach an. Wessel notierte, er hoffe, der Politiker komme »in leidlich guter

Stimmung, sonst wird es schwierig werden«. Schmidt sei nämlich verärgert, dass der BND nicht ihm unterstehe, sondern dem Kanzleramt. Überhaupt habe der Minister »grundsätzlich an allem etwas auszusetzen und zu kritisieren – ein Zug, der ihn nicht gerade sympathisch macht«. Zu Wessels Erleichterung verlief das Treffen dann doch »recht erfreulich«. Schmidt bot sogar seine Hilfe an, sollte der BND mit der damals laufenden Berichterstattung des SPIEGEL »Schwierigkeiten haben«. Der BND-Skeptiker Schmidt soll die Geheimdienstzentrale insgesamt viermal besucht haben – öfter als alle anderen deutschen Regierungschefs. K.L.W.

## Scholz zieht Banker vor

● Gerade vier Monate im Amt, sorgt Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) für Unmut bei Finanzpolitikern der Opposition. Grund: Im Finanzausschuss lässt Scholz sich nicht blicken. Das Bundestagsgremium hat seit der Amtseinführung von Scholz am 14. März bereits mehrmals getagt – stets ohne den Finanzminister. Im selben Zeitraum fand der Hamburger Sozialdemokrat hingegen neunmal Zeit, sich mit Bankern oder Lobbyisten der Geldbranche zu treffen – sogar an einem Tag, als der Finanzausschuss tagte. Das

geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des grünen Finanzausschussmitglieds Gerhard Schick hervor. Danach absolvierte Scholz allein im vergangenen Monat vier Bankentermine: Am 6. Juni sprach er bei der Investorenkonferenz der Deutschen Bank, zwei Tage später bei den Investmentbankern von Goldman Sachs, am 18. Juni bei der Deutschen Börse, zwei Tage später beim Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, und am 25. Juni traf sich Scholz mit dem Chef der Hamburger Sparkasse. »Das sind sehr fragwürdige Prioritäten«, kritisiert die finanzpolitische Sprecherin der Grünen, Lisa Paus. WAS

## Nachsitzen für Tsipras

● Der Bundestag ist offenbar vor der Verabschiedung der letzten Tranche des Rettungspakets für Griechenland von der Bundesregierung unzureichend informiert worden. Deshalb muss der Haushaltsausschuss am 1. August zu einer Sondersitzung in der Sommerpause zusammenkommen, damit das Geld freigegeben werden kann. Hintergrund ist die verabredete Anhebung der ermäßigten Mehrwertsteuer auf Inseln der Ostägäis, zu der sich Premierminister Alexis Tsipras verpflichtet hatte. Die Maßnahme gehört zu den 88 Programmauflagen, die die Griechen erfüllen müssen, um die 11,7 Milliarden Euro umfassende letzte Tranche des Hilfsprogramms ausgezahlt zu bekommen. Nach dem jüngsten EU-Gipfel verlängerte Griechenlands Premier den Rabatt für die Inseln, die Flüchtlinge beherbergen – mit Billigung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), wie die Opposition mutmaßt. »Es muss im Interesse Europas ganz schnell ausgeräumt werden, dass es hier irgendwelche Zusagen an die griechische Regierung im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik gegeben hat«, sagt FDP-Haushälter Otto Fricke. Merkel bestritt Haushaltspolitikern der Union gegenüber, dass man Absprachen getroffen habe. Griechenland gehört zu den Ländern, mit denen Merkel Rückführungsabkommen für Flüchtlinge schließen will. Auf europäischer Ebene ist der Vorgang für Deutschland schon jetzt peinlich. Wegen der nötigen erneuten Befassung des Haushaltsausschusses konnte Finanzminister Olaf Scholz (SPD) im Beschlussgremium des Eurorettungsschirms ESM der Auszahlung der letzten Tranche Ende der Woche nur unter Vorbehalt zustimmen. MP, REI

## Übernahme ohne Patente?

● Der Bund wird am 1. September den privaten Lkw-Mautbetreiber Toll Collect übernehmen. Doch das Bundesverkehrsministerium weiß immer noch nicht, ob der Bund mit der Übernahme der Anteile von Telekom, Daimler und Cofiroute über alle Patente für die Mauttechnik voll verfügen kann. Wie der Antwort auf eine

Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion zu entnehmen ist, geht die Bundesregierung zwar davon aus, dass Toll Collect »mit allen für den Mautbetrieb notwendigen gewerblichen Schutzrechten, einschließlich Patenten«, ausgestattet ist. Klarheit gibt es jedoch nicht. Sollten diese Patente bei Daimler oder Telekom liegen, müsste der Bund Lizenzgebühren zahlen. Profitieren werden die Konzerne von der Maut auch nach dem 1. September. Denn Toll Collect hat Subunternehmerverträge mit Konzerntöchtern »in Abstimmung mit dem Bundesamt für Güterverkehr« verlängert, die nun der Bund erfüllen muss. »Das ist die Katze im Sack und nützt nur den Konzernen«, sagt Jörg Cezanne, Verkehrspolitiker der Linken. Ein Sprecher des Verkehrsministeriums weist den Vorwurf zurück. Der Bund will das Lkw-Mautsystem für Autobahnen und Fernstraßen (52 000 Kilometer) nur sechs Monate lang in Eigenregie betreiben. Danach soll Toll Collect wieder privatisiert werden. Bis zum 30. Juni wurde die Lkw-Maut vor allem auf Autobahnen erhoben, seitdem auf alle Bundesstraßen ausgeweitet. WAS



Mautsäule bei Rheinbreitbach

U. BALMGARTEN / ULLSTEIN BILD